

## 7 Resümee und Forschungsausblick

### 7.1 Wichtige Forschungsergebnisse

Ausgangspunkt für das Forschungsprojekt war, dass Armut bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland – wie auch in der Europäischen Union insgesamt – heute kein marginales Phänomen mehr ist, vielmehr die unter 18-Jährigen im Vergleich zu anderen Altersgruppen die höchste Armutsbetroffenheit aufweisen. Im Jahr 1998 lebte etwa jedes siebte Kind beziehungsweise jeder siebte Jugendliche in einer Familie, die als arm zu bezeichnen ist. Folglich bewegt sich Armut nicht mehr nur an den Rändern, sondern ist in der Mitte – das heißt im Alltag und in der Normalität – unserer Gesellschaft angekommen. Armut hat in Deutschland die „normale“ Kindheit erreicht.

Die bisherige Armutsforschung hat den Aspekt der Armut von Kindern und Jugendlichen trotz des großen Ausmaßes bislang nur am Rande gestreift und sie eher als Teil der Armut von Familien begriffen. Dass der Armut bei Kindern und Jugendlichen dagegen ein eigenes Gewicht zukommt, ist dabei ebenso unberücksichtigt geblieben wie die Frage, wie die familiäre Armut auf Kinder und Jugendliche wirkt und welche Chancen der Bewältigung es für diese Altersgruppen gibt.

Das im Rahmen des Forschungsprojektes entwickelte Armutskonzept ist kindorientiert und mehrdimensional: Es wird nicht nur – wie in anderen Studien üblich – die materielle Lage der Familie des Kindes betrachtet, sondern auch und vor allem die Lebenssituation und Lebenslage des Kindes selbst in den Blick genommen. Neben der materiellen Situation der Familie des Kindes wurden die materielle Versorgung des Kindes selbst und seine Situation im kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Bereich untersucht. Damit liegt ein empirisch erprobtes Konzept zur Beschreibung von Armut und Armutsfolgen bei Kindern vor.

Auf der Grundlage dieses Armutskonzepts wurden in der Teilstudie zu Armut im Vorschulalter drei Lebenslagetypen „Wohlergehen“, „Benachteiligung“ und „Multiple Deprivation“ nach dem Ausmaß der Einschränkungen in den genannten Lebenslagedimensionen gebildet. Diese kindbezogenen Lebenslagedimensionen sowie die Lebenslagetypen ermöglichen es, die Entwicklungsbedingungen sowie die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes im Vorschulalter einzuschätzen. Die Leitfragen lauteten: Was kommt (unter Armutsbedingungen) beim Kind an, und wie wirkt sich dies auf die genannten Lebensbereiche aus?

Die empirische Teilstudie „Armut im Vorschulalter“ ergab, dass die familiäre Armut bereits früh bei einem großen Teil der Kinder negative Folgen für die kindliche Lebenssituation hat. Mehr als jedes dritte arme Kind gehört zur Gruppe der multipel Deprivierten, ist also in seiner Entwicklung erheblich eingeschränkt. Die familiäre Armut führt jedoch nicht zwangsläufig zu eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes. So lebte jedes vierte arme Kind im Wohlergehen, wies also in den Lebenslagedimensionen keine Einschränkungen auf.

Zwar konnte festgestellt werden, dass das Deprivationsrisiko armer Kinder deutlich höher ist als bei nicht-armen Kindern. Es wurde jedoch auch beobachtet, dass jedes siebte nicht-arme Kind ebenfalls der Gruppe multipel Deprivierter zuzurechnen ist. Nicht nur von familiärer Armut betroffene Kinder sind „arm dran“, sondern auch Kinder, die mit ihrer Familie oberhalb der Armutsgrenze leben. Das heißt, dass Einschränkungen der kindlichen Entwicklung beziehungsweise der Lebenssituation nicht ausschließlich auf die familiäre Armut zurückzuführen sind, sondern durch weitere Faktoren beeinflusst werden.

Eine Analyse der Einflussfaktoren auf die Lebenssituation der Vorschulkinder zeigt, dass neben der familiären Armut die Zuwendung zum Kind innerhalb der Familie beziehungsweise das Ausmaß gemeinsamer familiärer Aktivitäten eine wichtige Rolle für die kindliche Entwicklung und Lebenssituation spielt. Daneben beeinflussen weitere Faktoren, wie gesellschaftliche und sozialräumliche Rahmenbedingungen sowie sozialstrukturelle Merkmale der Familie, die Lebenssituation und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder.

Während einerseits untersucht wurde, welche Folgen Armut auf die Lebenssituation und Lebenschancen der Kinder hat, wurde andererseits der Frage nachgegangen, welche Faktoren das Wohlergehen von armen Kinder begünstigen. Anhand des Datenmaterials erweisen sich als förderlich: a) *(bei Kindern nicht-deutscher Eltern:)* Deutschkenntnisse mindestens eines Elternteils, b) das Freisein von Überschuldung, c) ausreichender Wohnraum sowie d) regelmäßige gemeinsame familiäre Aktivitäten. Neben den materiellen Ressourcen stellen also die sozialen und kulturellen Ressourcen der Eltern und ihre Bemühungen, dem Kind trotz schwieriger finanzieller Verhältnisse günstige Entwicklungsbedingungen zu bieten, eine wichtige Voraussetzung für das Wohlergehen des Kindes dar.

Während mit Blick auf Armut und ihre Folgen im (frühen) Kindesalter die Entwicklungsrisiken im Vordergrund stehen, tritt mit zunehmendem Alter der Kinder und Jugendlichen der Mangel an Ressourcen in den Vordergrund.

Die Zukunftschancen von armen und nicht-armen Jugendlichen werden im wesentlichen durch den Übergang ins Berufsleben bestimmt. Für arme Jugendliche ist die Wahrscheinlichkeit, an dieser Schwelle zu scheitern, aufgrund vielfältiger Benachteiligungen und Belastungen deutlich größer als die von Jugendlichen aus ökonomisch bessergestellten Familien. Mit einem Scheitern beim Übergang ins Berufsleben wächst das Risiko einer Verfestigung von Armut beziehungsweise die Armutsgefährdung. Hier weisen insbesondere junge ausländische Frauen und Männer sowie allgemein Jugendliche ohne Hauptschulabschluss einen hohen Gefährdungsgrad auf. Der Übergang ins Berufsleben kann für Jugendliche aus armen Familien jedoch auch eine Chance zur Überwindung von Armut bedeuten. Aus biographischen Interviews mit jungen Erwachsenen aus armen Familien, die den Übergang ins Berufsleben erfolgreich bewältigt haben, wurden erste Erkenntnisse zu den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung von Armut gewonnen.

Trotz aller Verschiedenheit der Lebensgeschichten und Bewältigungsformen verband alle interviewten Jugendlichen der Wille, ihr Leben selber zu gestalten, und der Wunsch nach materieller Selbständigkeit respektive Sicherheit sowie „Normalität“ und gesellschaftlicher

Anerkennung. Die Heranwachsenden lernten, den Alltag für sich und ihre Familie zu organisieren, sie lernten sehr früh, Verantwortung für sich zu übernehmen, sie lernten, sich durchzusetzen und durchzuhalten. Den Interviewanalysen ist auch zu entnehmen, dass Ausgrenzung eine zentrale Erfahrung im Leben armer Kinder und Jugendlicher ist. Durch Anerkennung und Bestätigung innerhalb und außerhalb der Familie gelang es ihnen, diese Ausgrenzungserfahrung zu verarbeiten. Ferner wurde deutlich, dass die Schule ein zentraler Lebens- und Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche ist. Sie kann unter günstigen strukturellen, konzeptionellen und personellen Voraussetzungen ein Ort der Bestätigung und auch ein Schonraum für solche Kinder und Jugendliche sein, die in ihren Familien großen Belastungen ausgesetzt sind.

Der Stellenwert, den die Angebote der Sozialhilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe für die Bewältigung und Überwindung von familiärer Armut bei Kindern und Jugendlichen sowie für die Familie insgesamt haben, konnte in der AWO-ISS-Studie erst ansatzweise analysiert werden. Es war jedoch festzustellen, dass nur ein Teil der armen und benachteiligten Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien professionelle Unterstützung über die Betreuung in den „normalen Institutionen“ (Kindertagesstätten und Schulen) hinaus erhalten.

Eine Voraussetzung für die Vermeidung von Armut und Armutsfolgen bei Kindern und Jugendlichen ist die umfassende Wahrnehmung der kindlichen und familiären Lebensverhältnisse. Die Befragung der Fachkräfte aus Einrichtungen der AWO im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ergab, dass diese insbesondere über die materielle Situation der von ihnen betreuten Kinder und Jugendlichen oft nur unzureichend Bescheid wissen. So besteht die Gefahr, dass materielle Probleme beziehungsweise familiäre Armut als eine wichtige Erklärung kindlicher Belastungen, Auffälligkeiten und Probleme „vergessen“ werden.

Kindheit in unserer Gesellschaft wird als Schutz- und Schonraum verstanden, in dem den Minderjährigen der Raum zur Entwicklung und zum Erwachsenwerden geschaffen wird. Die Ergebnisse der AWO-ISS-Studie zeigen jedoch, dass der Schonraum „Kindheit“ für immer mehr Kinder nicht existiert. Zu ihren Lebens- und Entwicklungsbedingungen gehören immer häufiger – kontinuierlich oder phasenweise – Armut und Armutsbewältigung. Wenn Kinder und Jugendliche die Zukunftsressourcen unserer Gesellschaft darstellen, bedarf es dringend gesellschaftspolitischer Maßnahmen, die dem entgegensteuern.

## 7.2 Weiterer Forschungsbedarf

In der AWO-ISS-Studie wurde unter anderem deutlich, dass Armut auch schon im (frühen) Kindesalter vielfältige Folgen hat. Armut im Vorschulalter stellt ein Entwicklungsrisiko dar, dessen langfristige Auswirkungen weiter untersucht werden müssen. Erforderlich sind **Längsschnittstudien**, die vor allem die Entwicklung armer Kinder mit deutlichen Benachteiligungen und Einschränkungen bis zum Schulabschluss beziehungsweise bis zum Übergang ins Berufsleben untersuchen. Bei einer solchen Längsschnittuntersuchung könnte auch das

im Rahmen der AWO-ISS-Studie entwickelte mehrdimensionale kindorientierte Armutskonzept überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Folgende Fragestellungen der AWO-ISS-Studie könnten hierbei mit Blick auf die längerfristige Entwicklung der Kinder weiter vertieft werden: Welche familiäre und professionelle Unterstützung benötigen besonders benachteiligte Kinder, um bei ihnen dauerhaft eine positive (gesundheitliche, kognitive und sozio-emotionale) Entwicklung zu befördern? Welche Selbsthilfepotentiale beziehungsweise Ressourcen der Eltern sind für eine positive Entwicklung des Kindes erforderlich?

Des Weiteren sollten die Ergebnisse der qualitativen (Vor-)Studie über die erfolgreiche Bewältigung familiärer Armut bei Heranwachsenden für weitere Forschungsvorhaben genutzt werden. In diesem Zusammenhang wäre ebenfalls von Interesse, die **Angebote** der Kinder- und Jugendhilfe für arme und benachteiligte Kinder und Jugendliche systematisch hinsichtlich der langfristigen Effekte ihrer Maßnahmen, der erreichten Zielgruppe und der „Kundenzufriedenheit“ zu **evaluieren**.

Nicht zuletzt scheint es vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Einrichtungsbefragung notwendig, **Modellprojekte** durchzuführen, die dazu beitragen, die kommunale/regionale Infrastruktur weiterzuentwickeln, um zu einem **abgestimmten und vernetzten Hilfesystem** für arme respektive armutsgefährdete Kinder/Jugendliche und ihre Familien zu kommen. Hierfür ist es notwendig, eine Kommune beziehungsweise Region insgesamt zum Untersuchungsfeld zu machen, um neue und tatsächlich funktionierende Strukturen zu entwickeln.

Daneben ist es genauso wichtig, solche Hilfesysteme zu betrachten, in denen Vernetzung und Kooperation gerade nicht funktionieren (zum Beispiel Kooperation Schule/Jugendhilfe, Kindertagesstätte/ASD). Durch eine detaillierte **Analyse der Hintergründe des Scheiterns** „wohlgemeinter“ Anstrengungen können die Voraussetzungen gelingender **Vernetzung** und Kooperation systematisch herausgearbeitet werden.

Die AWO-ISS-Studie zu den Auswirkungen familiärer Armut auf Kinder und Jugendliche gibt jedoch schon heute wichtige Antworten, die allgemein verstärkte „Investitionen“ in die Zukunftsressourcen unserer Gesellschaft – die Kinder und Jugendlichen – nahelegen und dabei bestimmte gesellschafts- und sozialpolitische Strategien implizieren. Diese sind Gegenstand des folgenden Kapitels 8.

## 8 Für eine „bessere“ Kindheit! – Schlussfolgerungen und Herausforderungen

Aus den Ergebnissen des Forschungsprojektes ergibt sich eine Vielzahl von fachlichen, verbandlichen und allgemeinpolitischen Handlungsanforderungen für das neue Jahrzehnt. In Ergänzung zu dem zuvor formulierten wissenschaftlichen Resümee und Forschungsausblick konzentrieren sich die Ausführungen des ersten Teils des Schlusskapitels auf Anforderungen an die Weiterentwicklung der fachlichen und verbandspolitischen Arbeit seitens der Arbeiterwohlfahrt (vgl. Kapitel 8.1). Die ausgeführten Komplexe sind das Ergebnis einer kontinuierlichen Sammlung von Diskussionsergebnissen sowohl mit AWO-Fachkräften in den an der Studie beteiligten Einrichtungen vor Ort als auch besonders mit den Mitgliedern der AWO-ISS-Koordinationsgruppe (vgl. Anhang 2). Aus Sicht des ISS-Projektteams und der Projektberater (vgl. Anhang 2) werden schließlich im zweiten Teil allgemeine politische und gesellschaftliche Handlungsbedarfe respektive Handlungsansätze auf unterschiedlichen Ebenen skizziert (vgl. Kapitel 8.2).

### 8.1 Armut von Kindern und Jugendlichen: Eine Herausforderung für die AWO

Neben den Eltern kommt der Gesellschaft besondere Verantwortung für die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu. Im KJHG heißt es: *„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“* (§ 1 KJHG). Staat und Gesellschaft haben also dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen und Chancengleichheit für junge Menschen und ihre Eltern sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu schaffen. Diese existentielle Selbstverpflichtung eines Gemeinwesens bedarf zur Realisierung eines institutionalisierten Leistungs- und Hilfesystems einer Vielzahl von Organisationen, Trägern, Einrichtungen und professionell Handelnden. Zuständig und somit besonders gefordert sind die Träger der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, allen voran die freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände.

Gemäß dem Leitbild und Werteprofil der AWO will der Verband mit seinem Wirken und seinen Angeboten dazu beitragen, *„... dass Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft realisiert werden. Um dies zu erreichen, beteiligt sich die AWO in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen an Entscheidungsprozessen. Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege wirkt sie insbesondere bei der Gestaltung der Sozialpolitik und bei der Lösung sozialer Probleme mit und nimmt Einfluss auf die Sozialgesetzgebung. Dabei wird der Vorrang der staatlichen und kommunalen Verantwortung für die Erfüllung des Anspruches auf soziale Hilfen, auf Erziehung und Bildung sowie bei der Planung und Entwicklung eines zeitgerechten Systems sozialer Dienste und Einrichtungen betont. Die AWO fördert weiterhin staatsbürgerliche Verantwortung und mitbürgerliche Gesinnung. Sie unterstützt und fördert den Selbsthilfegedanken und die Selbsthilfebewegungen.“*

*Sie versteht sich ebenfalls als sozialpolitische Interessenvertretung aller Menschen, insbesondere derjenigen, die sich allein kein Gehör verschaffen können.“(Leitorientierungen aus dem Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt 1999)*

Vor dem Hintergrund dieser Funktionen und dem spezifischen Verbandsverständnis ist mit Blick auf die Gruppen armer Kinder und Jugendlicher zu fragen: Welche Aufgaben und Herausforderungen stellen sich der AWO heute und in naher Zukunft? Wie kann und muss sich der Verband, aber auch das Hilfesystem vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der AWO-ISS-Studie neu ausrichten?

Grundlage für die folgenden Ausführungen bilden die Expertenbefragung, die Einrichtungserhebung sowie die vielfältigen Diskussionen in den verschiedenen Projektgremien während der dreijährigen Forschungsarbeit. Aus Sicht der AWO-Praxis kristallisieren sich vier Handlungsfelder heraus: (1) Prävention, (2) Vernetzung und Kooperation, (3) Qualifizierung des Verbandes und der MitarbeiterInnen sowie (4) Anwaltschaftliches Engagement.

## **(1) Armutsprävention statt Schadensreparatur**

### ***Prävention als Leitorientierung***

Vermeidung von Armut ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe. Daneben müssen Maßnahmen entwickelt werden, die die Folgen von familiärer Armut bei Kindern und Jugendlichen verhindern und begrenzen.

### ***Konzepte zur Armuts- prävention in allen Arbeits- feldern der AWO***

Es sind spezifische Konzepte zur Verhinderung und Abmilderung von Armutsfolgen bei Kindern und Jugendlichen in allen Arbeitsfeldern der AWO zu erarbeiten. Dies betrifft die Bereiche „Kindertageseinrichtungen“ und „Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit“ ebenso wie „Beratung“ oder „Migrationsarbeit“. Es umfasst Gesundheitsfragen genauso wie Bildungs- oder Integrationsmaßnahmen.

### ***Überprüfung, Qualifizierung und Ausbau der Elternberatung und -bildung***

Es sind die Angebote der Eltern- und Familienbildung sowie der Eltern- und Familienberatung innerhalb des Verbandes zu überprüfen, weiterzuentwickeln und zu verstärken. Im Blickpunkt sollten vor allem solche Personen/Eltern stehen, die durch die üblichen Angebote nicht erreicht werden. Elternberatung und Elternbildung müssen dahingehend qualifiziert werden, dass sie in der Praxis vor Ort lebenslage- und sozialräumlich orientiert ansetzen. Sie sind ausdrücklich darauf auszurichten, gerade armen und benachteiligten Familien adäquate Alltagshilfen anzubieten und ihnen gezielte Unterstützung zur Selbsthilfe zu geben.

Es sind ausreichende Finanzmittel und qualifiziertes Personal bereitzustellen. Dabei sind kommunale Verantwortlichkeiten verstärkt einzufordern. Ferner sollten die vorhandenen Potentiale bürgerschaftlichen (ehrenamtlichen?) Engagements inner- und außerhalb des Verbandes eingebunden werden. Zentral sollte die Frage der Nachhaltigkeit von Maßnahmen sein.

*Ressourcen-  
ausstattung  
verbessern*

## **(2) Vernetzung und Kooperation statt Abgrenzung**

Das bundesdeutsche Hilfesystem ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Angeboten innerhalb einer stark segmentierten und versäulten Struktur. Es gilt bis heute eher Ressortdenken und weniger eine arbeitsteilige Gesamtverantwortung für die jeweiligen Angebote im Einzelfall oder im Stadtteil. Das trifft auch für die AWO zu.

*Umsetzung  
eines bedarfs-  
gerechten  
Hilfesystems*

AWO-bezogen ist auf horizontaler Ebene in der Kommune/Region sowohl eine intensivere und verbesserte Vernetzung der AWO-Einrichtungen untereinander (zum Beispiel Migrationssozialdienste mit den Kindertageseinrichtungen, die Schul- mit der Jugendsozialarbeit usw.) als auch eine enge Vernetzung von AWO-Einrichtungen mit anderen Angeboten und Trägern (zum Beispiel anderen Wohlfahrtsverbänden, mit Vereinen usw.) erforderlich. Die Studie zeigt, dass aufgrund bislang eher traditioneller Arbeitsbeziehungen hier größerer Handlungsbedarf besteht.

*Vernetzung und  
Kooperation  
vor Ort ausbauen*

Daneben ist auf vertikaler Ebene innerhalb einer jeden Verbandsgliederung und innerhalb des Gesamtverbandes ein enger, schneller und umfassender Kommunikationsfluss von „oben nach unten“ und umgekehrt zu gestalten. Dabei gilt: Die Fachkräfte vor Ort sind die ExpertInnen ihrer Arbeit, die Seismographen für neue Problemlagen und die GestalterInnen der konkreten Hilfen. Alle Personengruppen müssen sich des Problems „Kinderarmut“ ausdrücklich und gemeinsam annehmen sowie in enger Kooperation bearbeiten. (Kinder-)Armut muss ein Thema in **allen** AWO-Einrichtungen und AWO-Gliederungen sein beziehungsweise werden.

*Vernetzung  
und Austausch  
innerhalb  
des Verbandes  
stärken*

**Voraussetzungen  
für Vernetzung  
schaffen**

Angesichts der unternehmerischen Ausrichtung und Profilierung der Sozialen Dienste, angesichts detaillierter Vertragsregelungen zur Abrechnung von Einzelleistungen usw. scheint für Vernetzungstätigkeiten kein Freiraum gegeben zu sein. Es fehlen rechtliche Finanzierungsgrundlagen und damit Kostenstellen zur Leistungsabrechnung. Hier sind insbesondere die freien Träger selbst gefordert, adäquate Finanzierungsbedingungen gegenüber den öffentlichen Trägern durchzusetzen. Vernetzung braucht Zeit- und Personalressourcen. Vernetzungsaufwendungen (zum Beispiel Gremienarbeit, Hilfeplanung, Veranstaltungskooperationen, Berichterstattung usw.) müssen Bestandteil von Arbeitszeit- und Finanzbudgets sein. Darüber hinaus muss die Vernetzungskompetenz der MitarbeiterInnen durch Qualifizierung hergestellt beziehungsweise verbessert werden (siehe unten).

**(3) Weiterentwicklung der AWO und ihrer MitarbeiterInnen**

**Qualifizierung  
als große  
Herausforderung  
des Verbandes**

Dieser Komplex nahm während des dreijährigen Forschungsprozesses immer wieder eine herausragende Rolle in den Diskussionen innerhalb der AWO und des Projektes selbst ein. Dabei formulierten die Fachkräfte wiederholt, dass die allgemeine Armutsproblematik in der eigenen Praxis durchaus wahrgenommen, aber innerverbandlich wenig konsequent thematisiert wird. Es zeigte sich, dass die Fachkräfte vor Ort unterschiedlich sensibilisiert sind und persönlich höchst unterschiedlich mit der Situation umgehen. Viele sind aufgeschlossen, fühlen sich herausgefordert und motiviert, identifizieren sich und den Verband mit dem Thema. Dennoch ist die spezifische Problematik von armutsgefährdeten und armen Kindern und Jugendlichen gesamtverbandlich bislang ein relativ unbeackertes Feld. Qualifizierungsbedarf besteht auf der Ebene der MitarbeiterInnen vor Ort. Dies betrifft sowohl Fragen zum direkten Umgang mit armen NutzerInnen als auch zur Gestaltung adäquater(er) Angebote für die Zielgruppe. Nicht zuletzt bedarf es weiterer Qualifizierung, was die effektive öffentliche und politische Sensibilisierung für die Probleme armer Kinder und ihrer Familien anbelangt. Einige konkrete Hinweise hierzu finden sich in den folgenden Abschnitten, weitere müssen in und mit den Gliederungen passgenau erarbeitet werden.



Die Studie hat gezeigt, dass der größte Einrichtungsbereich für Kinder, die Tageseinrichtungen, aufgrund der starken Expansion in den neunziger Jahren als „junges“ und zugleich großes Arbeitsfeld zu betrachten ist. Diese Situation erfordert eine weiterführende Diskussion über dessen fachliche Orientierung. Es ist eine systematische Weiterentwicklung von bedarfsgerechten Angeboten und effektiven Trägerstrukturen voranzutreiben. Wichtig erscheinen die Beschäftigung mit Fragen zur Personalführung und -entwicklung sowie die Diskussion über ein einheitliches Fachprofil. Der Ausbau des Verbandes zugunsten von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe muss inner- und außerverbandlich bewusster wahrgenommen werden und sich in einem höheren Stellenwert dieses Bereiches niederschlagen.

*Das  
Verbandsprofil  
stärken*

Sinnvoll erscheint die Formulierung von neuen AWO-Leitorientierungen/-gedanken für alle Tätigkeitsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe. Darin ist ausgehend von den Erkenntnissen der AWO-ISS-Studie der Problemlage „Kinderarmut“ unter praktischen wie politischen Aspekten breiter Raum zu geben. Gefordert sind alle AWO-Gliederungen gemeinsam – vom Ortsverein über die Kreis-, Bezirks- und Landesebene bis zum Bundesverband.

Es müssen AWO-spezifische Konzepte für einen sozialpädagogischen und sozialpolitischen Umgang mit dem Problem „Kinderarmut“ entwickelt und umgesetzt werden. Dabei ist es wichtig herauszustellen, dass Armut von Kindern und Jugendlichen nicht selbstverschuldet, sondern ein gesellschaftliches Problem ist. Das bedeutet: Das Wissen über Armutsprobleme von Bevölkerungsgruppen muss öffentlich werden und in den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess vor Ort, auf Landes-, Bundes- und Europaebene eingespeist werden. Dazu bedarf es aktueller Daten, differenzierter Arbeitsmaterialien und gezielter Information der politisch Verantwortlichen durch die Träger der Sozialen Dienste.

*Armut  
öffentlich  
thematisieren*

Die Entwicklung von multidimensionalen und interdisziplinären Hilfef Konzepten, insbesondere für Kindertageseinrichtungen und Schulen, ist kurz- bis mittelfristig zu realisieren. Hier ist dem Fakt Rechnung zu tragen, dass „Armut“ eine mehrdimensionale Lebenslage ist, in der stets materielle und immaterielle Faktoren zusammenfließen, die die Entwicklungschancen und damit die Lebensperspektiven der jungen Menschen nachhaltig beeinflussen.

*Pädagogische  
Konzepte  
entwickeln*

## **Qualifizierungs- offensive**

Motivation und Bereitschaft zum Engagement für arme Kinder und Jugendliche müssen einfließen in ein professionelles Arbeitsverständnis der Fachkräfte, um Deprivationserscheinungen frühzeitig zu erkennen und adäquate Unterstützungsangebote zu schaffen. Dies gilt gleichermaßen für ehrenamtlich Tätige. Voraussetzung ist die Qualifizierung der Mitarbeiterschaft. Denkbar ist eine Qualifizierungs-offensive im Rahmen von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten der AWO für sich, aber auch für andere. Vorgeschlagen wurden Fortbildungs-module zu folgenden Schwerpunkten:

## **Fortbildungs- module**

- Umfang; Erscheinungsformen und Folgen von Armut
- Umgang mit Armut im Einzelfall, in der Einrichtung, im Quartier
- Eltern- und familienorientiertes Arbeiten
- Interkulturelle Kompetenzförderung
- Entwicklung von Vernetzungs- und Kooperationskompetenzen
- Dokumentation und Evaluation
- Öffentlichkeitsarbeit, verbandliche Kommunikationsnetze
- Qualitätsentwicklung und -sicherung in Einrichtungen.

Eine solche Qualifizierungsoffensive ist gesamtverbandlich auf allen Ebenen und in allen Arbeitsfeldern zu realisieren. Bedarfs- und zielgruppenspezifische Konzepte sind unter Beteiligung der Fachkräfte vor Ort zu entwickeln, dabei ist ein Top-down-Effekt zu vermeiden. Es gilt auch hier: Die Fachkräfte vor Ort sind die ExpertInnen und die Seismographen für soziale Problemlagen. Ihr Wissen und ihr Engagement sind eine zentrale Säule der AWO als sozialpolitischem Akteur.

#### **(4) Anwaltschaftliches Engagement der AWO mit und für arme Kinder und Jugendliche**

Aus Sicht der Verbandspraxis wird dem sozialpolitischen Engagement der AWO ausdrücklich zugestimmt sowie eine weitergehende Interessenvertretung für arme Kinder und Jugendliche gefordert. Dieses Engagement wird vor allem in der Durchsetzung und Ausweitung von Angeboten, in der Öffentlichkeitsarbeit und in der allgemeinen politischen Einflussnahme auf Kommunal-, Landes- und Bundesentscheidungen gesehen. Dagegen spielt die direkte Anwaltschaft für Einzelne oder für die Zielgruppe vor Ort eine untergeordnete Rolle.

*Sozialpolitisches  
und anwaltschaftliches  
Engagement  
auf allen Ebenen  
stärken*

Es sind neue Formen und Konzepte zu entwickeln, in denen gemeinsam mit den Betroffenen Probleme in einem Gemeinwesen identifiziert und Lösungen entwickelt werden. Diese Betroffenenbeteiligung muss für alle Kinder und Jugendlichen, einschließlich MigrantInnen und arme junge Menschen, gelten. Sie alle haben ein Recht auf Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Ziel muss es sein, den jungen Menschen Raum zur Gestaltung und Entfaltung innerhalb des Gemeinwesens zu schaffen. Wichtig ist weiterhin, dass sie das Gemeinwesen nach eigenen Vorstellungen mitgestalten können.

*„Betroffenen  
beteiligung“,  
Teilhabe  
aller Kinder und  
Jugendlichen*

Der Gesamtverband muss sowohl örtlich als auch regional und überregional stärker als bisher und immer wieder von neuem die Anwaltschaftsfunktion für arme Kinder und Jugendliche übernehmen. Anwalt zu sein bedeutet, die Rechte, Ansprüche und Interessen der „MandantInnen“ unmittelbar mit ihnen und für sie zu verfolgen und durchzusetzen. Hier sehen die AWO-Fachkräfte vor allem drei Aktions- und Entwicklungsfelder:

*Interessen-  
vertretung*

- Öffentliches Engagement auf allen Ebenen durch zentrale Veranstaltungen und dezentrale Aktionen vor Ort.
- Verstärktes Engagement in kommunalen Gremien wie beispielsweise Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss, Wirtschafts- und Entwicklungsausschuss.
- Intensiveres verbandspolitisches Engagement in Bezug auf die kinder- und familienfreundliche Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

## 8.2 Politischer Handlungsbedarf

Armut bei Kindern und Jugendlichen ist über den individuellen Fall hinaus im gesellschaftlichen Kontext (zum Beispiel anhaltender struktureller Arbeitslosigkeit) zu sehen. Die großen gesellschaftlichen Verursachungszusammenhänge von Armut sind in der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen „angekommen“, haben dort ihre spezifischen Auswirkungen und verlangen entsprechend nach differenzierten Handlungsstrategien. Vorrangig müssen solche Maßnahmen zur Anwendung kommen, die Armut von Kindern und Jugendlichen und deren Familien verhindern sowie gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sicherstellen. Zur Vermeidung und zur Bewältigung von Armut sind gesellschaftliche und staatliche Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen notwendig. Nachfolgend wird der Handlungsbedarf skizziert, der sich aus der Sicht des ISS-Projektteams und der Projektberater aus der AWO-ISS-Studie ergibt.

### *Europäische Sozial- und Armutspolitik*

Zunehmend werden politische und soziale Rahmenbedingungen nicht mehr allein national, sondern auf EU-Ebene geschaffen. Da Kinder und Jugendliche nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen EU-Mitgliedsländern einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko unterliegen, sind die sozialpolitischen Maßnahmen insbesondere auf die Vermeidung, Bearbeitung und Überwindung von Kinderarmut auszurichten. Dies muss bei der Umsetzung der neuen sozialpolitischen Agenda der EU beachtet werden.

### *Migration und Armut*

Deutschland ist ein Einwanderungsland und eine zunehmend multiethnisch geprägte Gesellschaft. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in Deutschland – aufgrund direkter Diskriminierung und vielfältiger rechtlicher und kultureller Benachteiligungen – nicht nur häufiger arm, sondern im Vergleich zu deutschen Kindern und Jugendlichen besonders „arm dran“. Aufgrund schlechterer Ausgangsbedingungen gelingt es den ausländischen Familien trotz beachtlicher kultureller und emotionaler Ressourcen oft nicht, Familienarmut nicht direkt auf die Lebenslage der Kinder und Jugendlichen durchschlagen zu lassen. Insbesondere bei einem ungesicherten rechtlichen Status sind Eltern kaum in der Lage, die Entwicklung ihrer Kinder sinnvoll zu fördern. Dies führt zu einem hohen Anteil armer Kinder aus Migrantenfamilien, deren Entwicklung stark beeinträchtigt ist. Um das Brachliegen dieser Human-Ressourcen zu verhindern, bedarf es großer Anstrengungen von Gesellschaft und Politik, aber auch der Institutionen, die mit MigrantInnen arbeiten. Die öffentliche Anerkennung von Einwanderung und Eingewanderten durch die Politik (unter anderem durch Schaffung eines Einwanderungsgesetzes

und Bekenntnis zum uneingeschränkten Recht auf Asyl) wäre ein erster Schritt, der neben künftigen MigrantInnen auch den schon hier lebenden Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zugute käme.

Darüber hinaus scheint es vor dem Hintergrund der Studienergebnisse notwendig, besonders die Situation der Kinder von AsylbewerberInnen zu verbessern. Das gesellschaftliche und institutionelle Interesse richtete sich bisher vorrangig auf die Erwachsenen. Die prekäre Situation der Kinder, ihre Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse wurden und werden nicht ausreichend beachtet. Kinder aus Familien mit laufendem Asylverfahren leben mit ihren Eltern in ständiger Unsicherheit und „auf Abruf“. Der grundgesetzliche Schutz und die Regelungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) gelten für sie nur eingeschränkt. Die politisch gewollte Verweigerung von Integrationsmaßnahmen für Kinder von AsylbewerberInnen widerspricht jeglichem Selbstverständnis der Jugendhilfe. Das Ausländer-, Asylverfahrens- und Asylbewerberleistungsgesetz produzieren Armut, die durch Sozialarbeit/-pädagogik nicht auflösbar ist. Zu fordern ist die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und (damit) der Vorrang des KJHG vor Ordnungsrecht.

*(Rechtliche)  
Situation von  
Kindern von  
Asylsuchenden  
verbessern*

Die Verbesserung der materiellen Situation von Kindern und ihren Familien ist dringend erforderlich. Dafür ist ein veränderter Familienlastenausgleich notwendig, der besonders Familienhaushalte mit geringem Einkommen entlastet. Sicherzustellen ist auch, dass Kinder in Sozialhilfehaushalten an einer solchen materiellen Besserstellung partizipieren. Eine von verschiedenen denkbaren Lösungen wäre die Einführung eines einkommensabhängigen Kindergeldzuschlages für untere Einkommensschichten in Höhe der Differenz zwischen dem Existenzminimum von Kindern und dem generellen Kindergeld, so dass Kinder kein „Sozialhilferisiko“ mehr darstellen.

*Die Einkommens-  
situation von  
Kindern und  
Familien  
vor allem  
im unteren  
Einkommens-  
bereich  
verbessern*

Neben grundsätzlichen Strukturmaßnahmen zur deutlichen und dauerhaften Senkung der Arbeitslosigkeit (zum Beispiel Abbau von Überstunden, Sabbaticals, Reduzierung der Wochenarbeitszeit) muss eine aktive Arbeitsmarktpolitik stehen, die besser an den Bedarfen des Arbeitsmarktes und an den Wünschen, Möglichkeiten und Grenzen der Menschen, besonders von geringqualifizierten Müttern und Vätern, orientiert ist. Die individuelle Hilfeplanung – unter Berücksichtigung der familiären Gesamtkonstellation – ist auszubauen.

*Arbeitsmarkt-  
politik und  
berufliche  
Hilfeplanung*

**„Recht“  
des Kindes/  
Jugendlichen  
auf Bildung und  
Ausbildung**

Jugendliche aus armen und sozial benachteiligten Familien haben eingeschränkte Bildungs- und Berufschancen. Insbesondere in Ostdeutschland verfügen sozial benachteiligte Jugendliche derzeit kaum über Aussichten auf qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Diese Entwicklung ist nicht individuell verursacht, sondern gesellschaftlich begründet. Nicht zuletzt die Wirtschaft selbst hat sich vielfältige Versäumnisse in der (Berufs-)Ausbildung der heranwachsenden Generationen „geleistet“. Notwendig werden eine Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes und zahlreiche Maßnahmen, um möglichst allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen.

**Außerhäusliche  
Betreuungs-  
angebote  
verbessern**

Die Studie hebt besonders den Bedarf von (armen) Kindern im Vorschulalter und die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten und qualitativ guten institutionellen Tagesbetreuung hervor. Notwendig sind insbesondere der Ausbau der Betreuungskapazitäten für Null- bis Zwölfjährige, die Sicherstellung von „arbeitsmarktgerechten“ Öffnungszeiten und ein höherer Personalschlüssel für Einrichtungen mit einem hohen Anteil an armen und benachteiligten Kindern.

**Soziale und  
kulturelle  
Teilhabe**

Um über die institutionelle Betreuung hinaus Teilhabe von armen Kindern und Jugendlichen zu sichern und ihnen notwendige Erfahrungsmöglichkeiten zu bieten, sollten Freizeit- und kulturelle Angebote in kommunaler Trägerschaft für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des sechzehnten Lebensjahres kostenlos vorgehalten werden. Sie müssen in ausreichendem Umfang in den von Kindern frequentierten Wohnquartieren und Stadtteilen vorhanden sein.

**Tatsächliche  
Umsetzung des  
KJHG sichern**

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz bildet die Grundlage für ein umfangreiches Angebots- und Hilfesystem zum Wohle des Kindes. Gleichwohl muss dieses Gesetz in seiner praktischen Umsetzung systematisch überprüft und weiterentwickelt und vor allem vor Ort für eine ausreichende Ressourcenausstattung gesorgt werden. Deregulierung und die Delegation von Aufgaben in die Kommunen dürfen nicht zu einer Einsparungspolitik führen, die dem gesetzlichen Integrationsansatz des KJHG entgegensteht und insbesondere arme und benachteiligte Kinder zu den Leidtragenden macht.

Armut stellt eine Lebenslage mit verschiedenen Dimensionen dar. Dieser Multidimensionalität ist bei der Vorbeugung, der Bearbeitung und der Überwindung von Armut gerecht zu werden. Die vorgelegten Ergebnisse unterstreichen nachhaltig die Forderung nach einer vorbeugend wirkenden, vernetzten Sozialen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Dies ist nur durch ein Zusammenwirken aller Einrichtungen zu erreichen. Insbesondere die Zusammenarbeit zwischen den „Standardinstitutionen“ (Kindertagesstätten, Schulen) und dem kommunalen Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sowie den verschiedenen Beratungseinrichtungen ist umfassend auszubauen.

Neben der individuellen Förderung muss an der Verbesserung der sozialräumlichen Bedingungen gearbeitet werden, denn die Zukunftschancen armer Kinder und Jugendlicher erhöhen sich mit den Entwicklungschancen der Kommunen und Stadtteile, in denen sie leben.

Arme Kinder und Jugendliche, die in besonders benachteiligten Sozialräumen (Sozialen Brennpunkten) aufwachsen, finden dort in der Regel sehr ungünstige Entwicklungsbedingungen vor. Obgleich in diesen Sozialräumen bereits heute verschiedenste Angebote vorhanden sind, sind diese unter anderem durch mangelhafte Strukturen der Zusammenarbeit untereinander, mit den BewohnerInnen und der lokalen Ökonomie nicht im eigentlich gewünschten und möglichen Maße fähig, die Perspektiven der jungen BewohnerInnen zu verbessern. Das gerade anlaufende Programm „Entwicklung und Chancen.../„Soziale Stadt“ greift diese Probleme auf und weist deshalb in die richtige Richtung. Es ist in seiner Umsetzung kritisch zu begleiten, insbesondere was die Dauerhaftigkeit beziehungsweise Nachhaltigkeit sowie die Übertragbarkeit der in diesem Rahmen gemachten (positiven) Erfahrungen anbelangt.

**(Vernetzungs-)  
Konzepte  
vor allem  
in besonders  
belasteten  
Sozialräumen**

Der deutsche Kinder- und Jugendbericht und der geplante nationale Armutsbericht sollten in Zukunft gezielt darüber informieren, inwieweit durch vorhandene Maßnahmen Armut von Kindern und Jugendlichen verhindert und überwunden werden kann. In diese Berichterstattung sollten die direkten Leistungserbringer ebenso miteinbezogen werden wie in geeigneter Weise die Kinder und Jugendlichen selbst. Die Unabhängigkeit dieser Berichterstattung von administrativen Vorgaben und Interessen ist sicherzustellen.

**Sozialbericht-  
erstattung**

Diese vor dem Hintergrund der Studienergebnisse zusammengetragenen Handlungsanforderungen stellen alle gesellschaftliche Ebenen, insbesondere aber die Politik und die Wohlfahrtsverbände, vor große Herausforderungen. Der hier zu führende Diskurs muss zeigen, ob und an welchen Punkten ein gesellschaftlicher Konsens möglich ist. So wird sich erweisen, wieviel uns die Zukunft „unserer Kinder“ und die Zukunftschancen der benachteiligten unter ihnen tatsächlich wert sind.